

## Haushaltsrede 2018

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Haushaltsplanentwurf und die Entwürfe der Wirtschaftspläne unserer Eigenbetriebe und GmbH's darf ich in einer in vielerlei Hinsicht bewegten Zeit einbringen. Leider müssen wir auch feststellen, dass die Welt um uns herum nicht friedlicher geworden ist. Die Krisenherde haben weltweit eher zugenommen, was sich auch auf die weltweiten Flüchtlingsbewegungen auswirkt. Wenn dann auch noch festgestellt werden muss, dass eine Weltmacht wie die USA, nicht eher danach trachtet, Konfliktherde zu befrieden bzw. zu beenden, sondern wie jüngst geschehen in Israel, ohne Not neue Konfliktherde durch die jüngste Hauptstadtentscheidung aufmacht, so geht man sicher mit mehr als gemischten Gefühlen in die Zukunft. Aber auch unsere Politik hier im Lande gibt nach der Bundestagswahl nicht gerade ein gutes Bild ab, in dem die Entscheidung über eine Regierung sich nun über Monate hinzieht. Ich denke, dass gerade bei einer Haushaltsrede der Blick über die räumlichen Grenzen unserer zu erfüllenden Arbeit führen soll. Die Stadt Bad Waldsee soll die Gedanken und Blicke automatisch auch über die Grenzen hinaus nach Baden-Württemberg, auf den Standort Deutschland, Europa oder auch das Weltgeschehen lenken. Dies ganz besonders unter dem Aspekt, dass wir nun auf keiner Insel, schon gar nicht auf einer Insel der Glückseligen, leben. Durch die internationale Sicherung unserer Firmen und die Globalisierung der Märkte, eine fortschreitende Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft und auch die rasante Geschwindigkeit in der Nachrichten miteinander vernetzt werden, sind wir in alles noch intensiver eingebunden.

Bei allen bestehenden Krisenherden, verblendeten Terroristen, Klimawandel und Naturkatastrophen bleibt nur zu hoffen, dass die uns oft verborgenen diplomatischen Kanäle und Bemühungen zur Beilegung von den zahlreichen Konflikten so groß sind, wie die Verbal-Attacken zu mancher mächtigen Person dieser Welt über Facebook und Twitter. Hier wäre schon angesagt, dass das eigene Ego wieder stärker hinter die Staatsinteressen zurück tritt. Wir müssen heute auch ganz deutlich feststellen, dass eine Kommune oder auch ein Landkreis nicht klein genug sind, um nicht auch die globalen Veränderungen direkt auf lokaler Ebene zu spüren. Dies fordert uns insbesondere natürlich auch bei einer Haushaltsplanung und uns bei den verschiedenen Themen zu positionieren.

Der diesjährige Haushaltsplan der Stadt hat erstmals eine sogenannte doppische Architektur. Im Haushaltsjahr 2018 können wir uns sozusagen von der Kameralistik verabschieden und uns der Doppik zuwenden. Das vom Landesgesetzgeber verordnete neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen bedeutet einen Paradigmenwechsel, vom zahlungsorientierten hin zum ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen. Unser bisheriges kameralistisches System hat den Substanzverlust nicht berücksichtigt, den Jahr für Jahr durch Abnutzung folgenden Substanzverlust wie etwa von Gemeindestraßen oder kommunalen Verwaltungsgebäuden, oder wie etwa unserem Rathaus. Zukünftig muss dieser Substanzverzehr dargestellt und erwirtschaftet werden. Natürlich kann man sich über die Sinnhaftigkeit der Form unseres Haushaltsrechtes streiten, nur nützt dies relativ wenig, da die Dinge nun mal so in Gesetzesform gegossen sind.

Hinter der Reform steht der grundsätzlich gute Gedanke, dass heutige Generationen keine überproportionalen Lasten auf zukünftige Generationen verlagern sollen. Man könnte es auch so formulieren, dass heute nicht das verjubelt werden soll, was den nachfolgenden Generationen zusteht. Mindestens sollten wir uns dies auch in gewisser Weise bewusst machen, wenn es dennoch so erfolgt.

Nachdem dies aber in der Finanzwirtschaft unserer Stadt schon in der Vergangenheit eine wichtige Leitlinie dargestellt hat, könnte deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob das Bewusstsein dafür nicht auch in den kameralen Strukturen möglich gewesen wäre. Eines ist auf jeden Fall ganz sicher, dass die Reform einen immensen Verwaltungsaufwand bei der Umstellung des Finanzsystems, vor allem bei der Erfassung sämtlicher städtischer Vermögen, erzeugt hat. Ob Kosten und Nutzen des neuen Haushaltsrechts schlussendlich in einer vernünftigen Relation stehen wird, wird sicherlich erst die Zukunft zeigen.

Dieses neue Haushaltsrecht bedeutet für unseren städtischen Haushalt der Jahre 2017 und 2018 ganz konkret, dass bei der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht die Bildung von Haushaltsresten nicht möglich ist. Dies hat zur Folge, dass das Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 verbessert ist und das Ergebnis des Finanzhaushaltes 2018 verschlechtert sein wird.

Der Umstieg auf das neue System bedeutet aber auch, dass die Lesbarkeit, zumindest am Anfang, nicht einfacher geworden ist. Es wird sich für Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte das Problem der Vergleichbarkeit ergeben, da zukünftig keine Einzelpläne, sondern Teilhaushalte ausgewiesen sind. Beim Haushalt 2018 ist unsererseits eine finanzielle Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung für heutige und künftige Generationen zu ermöglichen.

Wir möchten hier gemeinsam für unsere Bürgerinnen und Bürger ein hohes Maß an Lebensqualität bieten und erhalten. Auch eine gute Schul- und Bildungslandschaft weiterentwickeln, aber auch in der Zukunft ein (und darüber hinaus) starker Wirtschafts- und Gesundheitsstandort bleiben.

Bevor ich nun nachfolgend auf verschiedene Einzelaspekte des Haushalts 2018 eingehen möchte, ebenso auch in diesem Jahr zwei gute Botschaften voraus.

- Die Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer bleiben gleich.
- Auch 2018 ist keine Kreditaufnahme vorgesehen.

Vielleicht hier nochmals im Vorspann die Wiederholung aus dem Erläuterungsbericht des Haushaltes, dass der Jahresabschluss 2017 im ersten Halbjahr 2018 fertiggestellt werden soll und dann die Eröffnungsbilanz bis Ende 2018 beschlossen werden kann. Trotz unverändert beibehaltener Steuerhebesätze, wird sich voraussichtlich die Gewerbesteuer weiter nach oben entwickeln.

Dementsprechend wurde der Planansatz gegenüber 2017 um 2 Mio. Euro nach oben angepasst. Dies ganz sicher dank der guten Entwicklung unserer örtlichen Betriebe. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt sich sehr positiv auf 11,25 Mio., was auch eine Erhöhung um 1,4 Mio. Euro bedeutet. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 0,85 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist eindeutig abhängig von der insgesamt positiven gesamtwirtschaftlichen Lage. In diesem Zusammenhang dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass höhere Einnahmen in diesem Bereich auch höhere Umlagen bedeuten. Teilweise wird sich dies, wie z. B. bei der Kreisumlage, erst im Jahr 2019 auswirken.

Die gestiegenen Personalkosten haben unterschiedliche Gründe. Ein wichtiger Punkt ist hier unter anderem die Übernahme der Personalstellen des ehemaligen Eigenbetriebs Städtische Kurverwaltung oder auch des Amtsblattes. Aber auch Erhöhungen auf Grund weiter gestiegener Anforderungen in den Bereichen Bau- und Ordnungsverwaltung sowie IT-Bereich und Schulen. Darüber hinaus aber auch gesetzliche Anforderungen wie z. B. im Strand- und Freibad oder die gestiegene Leistungszahlen wie z. B. in der VHS führen zu Stellenmehrung.

Die höhere Belegung in unseren Betreuungseinrichtungen führen ebenfalls zu Stellenerhöhungen. Daneben wurde eine Tarifierhöhung von 2,5 % für 2018 eingerechnet.

Die Kosten für eine strukturierte Personal- und Führungskräfteentwicklung, sowie die Stärkung der Bereiche Aus- und Fortbildung und Weiterbildung steigern die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber und schlagen sich ebenfalls nieder. Teilweise stehen den höheren Personalkosten auch entsprechende Kostenerstattungen gegenüber, wie z. B. bei den Kosten für das Integrationsmanagement durch das Land Baden-Württemberg, oder auch durch das BAMF für die Durchführung der Integrationskurse.

Auf einige größere Einzelinvestitionen sei hier auch hingewiesen, wie z. B. bei der Unterhaltung der Gebäude sind für das Rathaus mit Nebengebäude ca. 0,5 Mio. Euro für Restaurierungen am Giebel, Reparatur Holztragwerk Dachstuhl, Austausch Brandmeldeanlage und Renovierung von Büro´s für Neubelegung vorgesehen.

Ebenfalls im Rathaus Haisterkirch sind weitere Malerarbeiten, Fenster- und Fensterläden, Austausch Brandmeldeanlage und Sicherung Steintafel 38.000 Euro eingestellt.

Wie Sie der Auflistung im Vorbericht des Haushalts entnehmen können, sind außerdem in diesem Jahr wieder beträchtliche Mittel für die Unterhaltung unserer Bildungseinrichtungen eingestellt. Daneben sind für die Sanierung des Wasserschadens der Sporthalle, der Ganztagesbetreuung ebenfalls ca. 1 Mio. Euro veranschlagt.

Für die Sporthalle Haisterkirch sind für die Restarbeiten 50.000 Euro und für die Sporthalle Reute für die Erneuerung von Fangvorrichtung und Antriebe, Trennvorhänge und Malerarbeiten 58.000 Euro vorgesehen. Für verschiedene Mietgebäude der Stadt sind Endsumme 200.000 Euro veranschlagt. Außerdem weist der Haushalt für das Haus am Stadtsee einen Betrag von 325.000 Euro, unter anderem für die Betonsanierung Bodenplatte und Stütze in der Tiefgarage, Pflasterbelag Außenrampe und Installation Überwachungskamera EG und OG aus.

Für erforderliche Ersatzbeschaffungen des Fuhrparks im Bauhof sind 274.000 Euro eingestellt.

Durch den weiteren Zuzug von Familienangehörigen anerkannter Asylbewerber, muss davon ausgegangen werden, dass weiterer Unterkunftsbedarf besteht. Deshalb wurden hier Planungsmittel im Haushalt veranschlagt. Weiter ist auch im Jahr 2018 das Thema Stadtsanierung ein wichtiges Thema. Es sind für den Bauabschnitt I beim Finanzamt 600.000 Euro und für Verpflichtungsermächtigungen 500.000 Euro eingeplant.

Für die Neugestaltung der Parkplätze am Bahnhof sind Mittel über 575.000 Euro bereitgestellt. Für die Umgestaltung der Bleiche wurden entsprechend den Beschlüssen aus dem städtebaulichen Rahmenplan 727.000 Euro eingestellt und 2,5 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen ebenfalls vorgesehen.

Der Breitbandausbau in unserer Stadt ist auch für den Haushalt 2018 und den Folgejahren bis 2021 ein wichtiges Thema, wie man an den Gesamtkosten von 7,6 Mio. Euro sehen kann. Mit Zuschüssen wird derzeit mit insgesamt 1,73 Mio. Euro gerechnet. Hier soll mit den beiden Bauabschnitten im Jahr 2018 begonnen werden.

Dem umfangreichen Austausch der Lampen und Ersatz in LED-Leuchten der Straßenbeleuchtung sind 1,3 Mio. Euro finanziert worden.

Für die Brücke Durlesbach wurden 300.000 Euro und ebenfalls für die Erschließungskosten Untere Bachäcker 300.000 Euro eingestellt. Das Baugebiet „Pfändle“ soll mit 665.000 Euro zu Buche schlagen.

Der Erwerb von Grundstücken für künftige Baugebiete im Interesse einer vorausschauenden Grundstückspolitik sieht einen Betrag von 2 Mio. Euro vor. Beim Freibad sind für Erneuerungsmaßnahmen im Restaurant 200.000 Euro veranschlagt und Verpflichtungsermächtigungen von 350.000 Euro ebenfalls vorgesehen. Darüber hinaus für die bereits beschlossene Maßnahme der Sanierung des Nicht-Schwimmer-Beckens sind 547.000 Euro eingestellt.

Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung weist als größten Posten die Erschließungskosten „Pfändle“ mit 580.000 Euro und Grund für den Eisenfurter Weiher 800.000 Euro aus. Der Mischwasserkanal in der Schillerstraße soll mit 300.000. Euro zu Buche schlagen. Außerdem wurde für die PV-Anlage auf der Kläranlage ein Betrag von 60.000 Euro eingestellt.



Der Eigenbetrieb Spital ist weiter auf einem guten und stabilen Weg. Dennoch weist der Wirtschaftsplan einen leichten Verlust von 40.000 Euro aus. Dies ist dringenden Unterhaltungsmaßnahmen wie z. B. Austausch der Akkus, Austausch Lüftungsanlage für Küche und Speisesaal und diverse Unterhaltungsmaßnahmen geschuldet.

Bei unserem größten Eigenbetrieb den Städtische Rehakliniken ist nach der letzten größeren Investition, dem Bau der Sauna und der Betriebnahme im April 2017 dennoch vorgesehen, dass auch im Jahr 2018 einige Investitionen beim Unterhalt erfolgen sollen, so z. B. für die Dachsanierung des Schwimmbades Maxibad von 0,5 Mio. Euro, des Parkdecks beim Mayenbad von 0,2 Mio. Euro und auch für die Sanierung der Thermalwasserbohrung GB1 von 0,2 Mio. Euro. Der Entwurf des Wirtschaftsplans weist in diesem Jahr einen geplanten Verlust von 650.000 Euro aus.

Die Stadtwerke Bad Waldsee GmbH haben ja als wichtige Geschäftsfelder die Tiefengeothermie und Windkraft. Bekanntermaßen wurde in Abstimmung mit den Projektpartnern beim Windprojekt, der Thüga, der Allgäu Überlandwerke und der EnBW vereinbart, dass das Projekt vorerst auf Eis gelegt wird, da sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter den gegebenen Voraussetzungen momentan nicht darstellen lassen.

Wie Sie dem Vorbericht des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke entnehmen können, sind hier für die Realisierung weiterhin umfangreiche Untersuchungen und geologische Grundlagenermittlungen durchzuführen. Diese Arbeiten laufen momentan noch. Außerdem ist, wie dargestellt, das Projekt in einzelne Projektabschnitte aufgeteilt und mit Haltepunkten versehen. An den entsprechenden Haltepunkten werden die Dinge jeweils ausgewertet und die Entscheidungen zu treffen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich meine, dass die Segel für den Kurs des Jahres 2018 mit den vorgelegten Werken gesetzt sind. Wir müssen nun auch gemeinsam über vielleicht einmal stürmische See das Schiff sicher in die Zukunft navigieren.

Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt:“ Das Gute, was geschieht, setzt das Nächste in Bewegung.“ In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam auch im Jahr 2018 an vielen guten Entwicklungen arbeiten und auch gute zukunftsweisende Entscheidungen auf den Weg bringen.

Vielen Dank